

Aufwärts

Bezugspreis:

Er scheint wöchentlich 10 Pfennig. — Preis: Bei der Post 2.00 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.20 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pf. — Restamt
zeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 228.

Bielefeld-Bethel, Dienstag, den 30. September 1919.

Jahrgang 1.

Nicht welche Arbeit ich treibe, sondern wie ich die Arbeit treibe, das ist das eigentlich Entscheidende.

D. M. Kähler.

Kongreß für Innere Mission.

VI.

Am Donnerstag vormittag um 9 Uhr fand im Evangelischen Gemeindehaus der Johannesgemeinde die 3. Hauptversammlung statt. Sie wurde mit einer kurzen Morgensandacht von Pastor Ostermann, Brauweiler, eröffnet. Ein Vertreter der Inneren Mission aus Polen versicherte die treue Anhänglichkeit seiner Landsleute, die nunmehr unter polnische Staatshoheit kommen würden, und bat ihrer auch fernerhin zu gedenken. Mit warmen Worten und Handschlag verabschiedete D. Spieder den Posenern die Treue vor dem Auge Gottes.

Darauf ergriff Prälat D. Schoell das Wort zu seinem Vortrag über „Die Innere Mission und die Öffentlichkeit“. Er hatte dazu Thesen aufgestellt, die wir hier mit kurzen Erweiterungen wiedergeben. Das Christentum kann und soll eine Macht im öffentlichen Leben sein, ist es aber heute viel zu wenig. Die Geschichte und die Erfahrungen der Mission zeigen, daß es außer der Befehrung Einzelner stets zu einer Beeinflussung des ganzen Volkslebens kommen muß, damit sich das Christentum einwurzelt. Die geringe Bedeutung des Christentums in der Öffentlichkeit hängt zunächst mit dem Aufkommen einer sich selbst genügend dünkenden Kultur zusammen, die Gott nicht braucht. Man darf sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die moderne Gesellschaft keine christliche mehr sein will. Das hat nicht nur allgemein menschliche Ursachen, sondern ist in der schweren Krise begründet, in der sich die abendländische Kultur seit einigen Jahrhunderten befindet und die heute besonders akut geworden ist. Nicht mehr die Theologie, sondern Philosophie und Wissenschaft haben die Führung im Geistesleben. Sofern man aber doch auch heute nach der Religion verlangt, sucht man sie nicht mehr beim Christentum, sondern läßt sich an religiösen Surrogaten (Erfahrungsmitteln), wie es etwa die Kunst ist, genügen. Das hat auch innerchristliche Gründe. Das zu enge Verständnis des lutherischen Glaubens an die Allgenugsamkeit des Wortes (meist nur auf die Predigt beschränkt) und die Abgeschlossenheit des älteren Pietismus gegenüber der Welt haben zu einer Entfremdung großer Kreise des Volkes nicht unwesentlich beigetragen. Der wichtigste Grund hierfür aber ist der Mangel einer klaren Auseinandersetzung mit dem neuzeitlichen Denken und Leben.

Nun aber fordern die äußere Not, die bisher noch längst nicht allen zum Bewußtsein gekommen ist, und die erwachende Sehnsucht der Zeit nach etwas Ewigem und Unumstößlichem ein entschlossenes Hervortreten des Christentums zur Gewinnung der Suchenden, zum Kampf gegen den Unglauben, zur Verteidigung gegen die feindlichen Angriffe und zur Geltendmachung christlicher Überzeugungen und Grundzüge im öffentlichen Leben. Was sich jetzt, wo die patriarchalischen Verhältnisse überwunden sind, nicht öffentliches Gesetzgebung, das wirtschaftliche Leben, das öffentliche Denken und das Volksbewußtsein müssen endlich wieder einen tieferen christlichen Einschlag erhalten.

Dazu muß die Christenheit gerüstet sein. Wohl bleibt das Evangelium allezeit ein Argernis in der Welt, aber wir müssen uns hüten, zu diesem Argernis nicht auch noch unsere eigenen hinzuzufügen. Wir dürfen nicht Leute sein, die ihre Zeit nicht verstehen. Vorbedingung für eine öffentliche Wirksamkeit des Christentums ist eine gründliche und vollständige Auseinandersetzung mit der Stimmung, Denkweise und den Idealen der Gegenwart. Gerade auf dem Gebiet der Moral und des sozialen Lebens, wo sich in unserer demokratischen Zeit doch so manches geändert hat, müssen wir uns der Gegenwart anpassen, uns in sie hineinleben und aus ihr das Gute in das Christentum hineinnehmen.

Die Mittel zur Vertretung des Evangeliums sind keine Zwangs- und Zaubermittel. Auch nicht die Mittelschmerzhaften Anpreisungen, sondern in erster Linie das gesprochene Wort der Wahrheit. Aber neben Predigt und

Evangelisation müssen Vorträge, seien sie nun einfach entwickelnder oder mehr apologetischer oder polemischer Natur, und vielleicht sogar auch öffentliche Reden und Ansprachen auf Straßen und Märkten treten. Dazu sind auch Laien heranzuziehen, aber nur, wenn sie die nötige Vorbereitung und den innerlichen Beruf dazu haben. Vor allem hat jeder im kleinen Kreis zu wirken. An zweiter Stelle kommt das geschriebene Wort in Frage, welches auch in formaler Hinsicht nicht hinter der weltlichen Literatur zurückstehen darf. Nur so kann es nützen, dagegen hat der sogenannte christliche Kisch, der den Wahrheits- und Schönheitsinn verlegt, gar vieles verdorben.

Vor allem brauchen wir auch Zusammenschluß und gemeinschaftliche Arbeit. Hier ist noch viel zu tun. Auch in den Parlamenten sollten sich Evangelische über die Schranken der Partei hin zusammenschließen, wenn wir auch kein evangelisches Zentrum schaffen können und wollen. Die Welt soll es wissen, daß das Evangelium eine Macht, auch eine organisierte Macht ist; sie antwortet schnell darauf, sei es mit ihrem Haß, sei es mit ihrem Respekt, meistens mit beiden.

Persönliche Erfordernisse sind neben dem Grunderfordernis des Glaubens und untadeligen Wandels, Vertrauenswürdigkeit der Denkwiese der Gegenwart und der einzelnen Volkschichten, Mut und Überlegenheitsgefühl, aber vor allem auch eine ganz spezielle Fachbildung. Mit der allgemeinen theologischen Vorbildung reichen wir nicht aus. Auf dem Gebiet der Apologetik, der Presse und dergleichen haben wir Spezialisten nötig. Besonders wichtig sind Mitarbeiter, die von der Gegenseite herkommen. Paulus, Augustin und Luther haben nicht zuletzt deswegen so große Erfolge errungen, weil sie gegen Geistesrichtungen kämpften, aus denen sie selbst hervorgegangen waren (Judentum, Heidentum, Mönchtum).

Die Innere Mission soll zwar ihre diakonische Arbeit fernerhin mit Eifer betreiben, aber das eigentliche Gebot der Stunde darin erblicken, daß sie Vorkämpferin werde im Kampf um die Seelen der Gefährdeten und Entfremdeten und um die Erhaltung der christlichen Grundlagen unseres Volkslebens. Hierbei hat sie ihr Augenmerk besonders auf diejenigen zu richten, die Zukunft und Willen haben.

An den mit großem Beifall ausgenommenen Vortrag schloß sich eine Diskussion, an der sich etwa 20 Redner beteiligten. Im Einzelnen kann natürlich darauf nicht eingegangen werden. Fräulein Paula Müller wandte sich nicht nur an die Frauen, sondern auch an die Männer der Inneren Mission und bat um eine gründliche Unterstützung der Evangelischen Frauenbewegung. Mehrere Redner befaßten sich mit dem Problem der Wirksamkeit des Pfarrers in öffentlichen Versammlungen. Es wurde immer wieder hervorgehoben, daß man wohl mit dem einzelnen Arbeiter meist zu einer guten Verständigung kommen könne, daß aber jede Beeinflussung ausgeschlossen sei, wenn sie sich in Massen beisammen fänden. Sehr bittere Erfahrungen hatte D. Philipp aus Berlin zu berichten. Sobald dort die Gegner in einer öffentlichen Versammlung merkten, daß ein Vertreter des Christentums Eindruck auf die Zuhörer machte, würde er mit gotteslästerlichen Reden niedergeböhrt, daß man in Versuchung wäre, überhaupt jede öffentliche Diskussion zu unterlassen. Die weitere Diskussion ergab nun freilich, daß die Verhältnisse bei uns im Westen doch nicht ganz so schlimm sind. Es wurde wieder an die Witterer Versöhnungswoche erinnert, die ein Beweis dafür ist, daß die große Mauer zwischen Christentum und Sozialdemokratie Risse bekommen hat. Geheimrat Mahling forderte dringend eine Neuverteilung der Pfarrstellen. Von 18 000 Pfarrern wären 16 400 einer Landbevölkerung von 30 Millionen und nur 1600 einer Großstadtbevölkerung von 10 Millionen zugewiesen. Die Arme, die wir haben, sei also völlig verkehrt eingesetzt. Geheimrat Burghart-Berlin, als Vertreter der Kirche, bezeichnete einen Zusammenschluß sämtlicher kirchlicher Kapitalien zu einem Zentral-Kirchenfonds als unmöglich, aber die Kirchenbehörde hätte eine vernünftige Verteilung der Pfarrer auf andere Weise angestrebt. Sie hätte bei jeder Befehlung von sogenannten Zwerggemeinden das Eingehen der Stelle erwogen, sei aber bei Gemeinden, Superintendenten und Pastoren meist auf großen Widerstand gestoßen. D. Spieder betonte auf Grund seiner eigenen vielseitigen praktischen Erfahrung, daß diese Fragen immer und immer wieder in

der Presse durchgehämmert werden müssen. Auf die Wichtigkeit der Prekarbeit wurde auch sonst noch hingewiesen, es wurde gebeten, sie nicht allein den Verbänden zu überlassen, sondern auf alle Weise den Versuch zu machen, mit eigenen Artikeln in die politische Presse einzudringen. Für die Sonntagsblätter, deren Verbreitung im erfreulichen Wachsen begriffen ist, wurde die Mitarbeit auch der führenden Männer der Kirche gefordert.

Zum Schluß gedachte D. Spieder noch der verstorbenen Männer, die bisher der Inneren Mission die unmittelbare Berührung mit Johann S. Wichern vermittelt hatten, Prof. Dr. Weiß und Generalsuperintendent Hefel. Nach einem kurzen Rückblick auf die reiche Tagung und einem Dank an Referenten und Diskussionsredner betonte er, daß die wichtigste Kraftquelle aller inneren Missionsarbeit Gottes Gnade und unser Gebet ist. Mit einem tiefsten, feierlichen Akkord klang der Kongreß aus, indem die ganze Versammlung von dem ehrwürdigen greisen Pastor Jordan, Detmold, aufgefördert, den Segen gemeinsam betete. Abends 1/9 Uhr fand in der dichtbesetzten Alstädter Kirche ein Schlußgottesdienst statt, in welchem Professor Mahling die Kongreßteilnehmer und die Gemeinde von Bielefeld-Bethel noch einmal in seiner warmherzigen Weise vor das Angesicht Gottes stellte und ihnen die große Verantwortung auf das Gewissen legte, Mitarbeiter Gottes zu sein. Er bat und wir alle haben es mit ihm, daß der Kongreß nicht ohne Segen bleiben möge.

Die Arbeitslust in der Kohlenindustrie.

Der bekannte Bergarbeiterführer Otto Hue verurteilt in einem längeren Artikel die Art, wie in einem großen Teil der Presse die „Informationen“ gegeben werden über die Kohlenversorgung. Hue ist als ruhiger, sachlicher Beurteiler der wirtschaftlichen Verhältnisse bekannt und so sollten auch seine Mahnungen, die er in dem Artikel ausspricht, nicht unbeachtet bleiben. Er hält es für verfehrt, die Förderungsverminderung immer nur auf die Revolution und die Arbeitsunlust der Bergarbeiter zurückzuführen. Auch in anderen Ländern beständen die gleichen oder ähnlichen Verhältnisse. Amerikas Kohlenförderung habe seit 1918 auch um 25 Prozent abgenommen. Behauptungen wie die, der Sechstundentag sei in Wahrheit nur ein Vierstundentag oder die Vergleute führen nach einer dreieinhalbstündigen Arbeitszeit wieder aus, würden kaum dazu beitragen, die Arbeitslust der Arbeiter zu erhöhen oder unseren Kredit im Auslande zu heben. An den Folgen dieser Heße in der Presse könne nur der Interesse haben, der in dem Wahn lebt, daß es nur besser werde nach einem völligen Zusammenbruch.

Hue sagt: „Tatsache ist, daß sich die große Masse der Bergarbeiter Mühe gibt, den an sie im Interesse des Gemeinwohls zu stellenden Anforderungen nach Kräften zu entsprechen. Würden nur alle arbeitsfähigen Deutschen sich so produktiv betätigen wie unsere Vergleute, es stünde viel besser um uns. Nach dem Zeugnis von Bergwerksunternehmern hat sich die Kohlenförderung bei der A.-G. Arenberg pro Kopf von 0,65 Tonne in der unruhigsten Zeit nun auf 0,80 Tonne gehoben. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Organ der Unternehmer schreibt:

„Dem Kenner der Verhältnisse des Ruhrbergbaues ist es bekannt, daß bei den meisten Zechen mit dem Aufhören der Streiks und dem Eintritt ruhigerer Verhältnisse eine Steigerung von Leistung und Förderung eingetreten ist. Allerdings gibt es eine ganze Reihe von weniger gut geleiteten (!!!) und noch nicht völlig ausgebauten (!!!) Zechen, wo die Leistung sich noch heute um 0,6 Tonnen (pro Arbeiter und Schicht, D. V.) bewegt. Auf den großen und modernen Schachtanlagen, wie denen der Arenberger A.-G., bewegt sich die Leistung aber allgemein heute auf dem vom Bergassessor Kranehl angegebenen Stand ... Berücksichtigt man die außerordentlich großen Ausfälle, die die Streiks und die geringen Leistungen der früheren Monate gebracht haben, so ist es klar, daß sich die Leistung zunächst noch weiter heben muß, ehe eine spürbare Besserung der gesamten Kohlenlage eintreten kann. Ins Gewicht fällt ferner, daß auch heute noch die Zahl der wirklich vor der Kohle arbeitenden Vergleute prozentual geringer ist (!!!), als in der Kriegszeit, wo stark gefördert wurde und die Aus- und Vorrichtungsarbeiten zurückblieben.“ (!!!)

Das ist eine Ehrenrettung der als „arbeitsunlustig“ beschimpften Bergleute in aller Form. Die „Bergwerkszeitung“ konstatiert seit dem Frühjahr eine erhebliche Zunahme der Arbeiterleistung im Bergbau und sagt uns weiter, wo sie nicht in dem Maße, wie z. B. auf den Arenbergschächten (wo es im Frühjahr sehr wild zugeht!) eintrat, da läge dies an der „weniger guten“ Betriebsleitung und an den „noch nicht völlig ausgebauten“ Anlagen, also nicht an den Arbeitern. Und endlich bestätigt das Unternehmerorgan, daß im Kriege auf Kosten der (notwendigen) Aus- und Vorrichtungsarbeiten „stark gefördert“ wurde, infolgedessen auch heute noch die Zahl der unmittelbar produktiven Arbeiter (Hauerklasse) geringer sei „als in der Kriegszeit“. Damit ist das zugegeben, was die Bergarbeiter über die Betriebszustände immer wieder angeben.

Es muß hier festgestellt werden, daß im letzten Friedensjahr von 1000 Ruhrbergleuten über 500 der Hauerklasse (Lohnklasse I) angehörten, im ersten Viertel 1919 aber nur 430 und im zweiten Viertel gar nur 415! Da sich trotzdem, wie das Unternehmerorgan bestätigt, der Fördererfolg auch pro Kopf der Gesamtbelegschaft in jüngster Zeit erheblich gehoben hat, so beweist dies eine fleißige Arbeit unserer Bergleute. Gegen diese Arbeiterschaft eine Preßkampagne zu inszenieren, um sie als arbeitsunlustig der Öffentlichkeit anzugehen, das ist ein Verfahren, gegen das mit aller Schärfe protestiert werden muß!

Vor der Kommission, die zur Erforschung der Arbeitsverhältnisse im Ruhrbergbau von der Reichsregierung eingesetzt ist, hat am 18. August der hervorragende Bergbau-Statistiker, Angestellter des Rheinisch-Westfälischen Zechenbesitzervereins, Dr. Jüngst-Essen, dargelegt, auf die Bruttoarbeitszeit berechnet, habe im Ruhrbergbau die Stundenleistung der Hauer betragen: 1913: 0,263, 1914: 0,260, im Mai-Juni 1919: 0,254 Tonnen, auf die Nettoarbeitszeit berechnet, habe die Stundenleistung betragen: 1913: 0,344, im Mai-Juni 1919 aber 0,355 Tonnen. Also haben die Hauer pro Stunde reine Arbeitszeit nun sogar mehr geleistet als im letzten Friedensjahr!

Warum die Totalförderung nicht erheblich zunimmt, das deutet u. a. die Zuspätkunft eines praktischen Bergarbeiters an eine Duisburger Blatt auf. Er schreibt unter dem bezeichnenden Titel: „Was den Bergmann zur Verzweiflung bringt“:

„Mehr Kohle fördern“, ist das Lösungswort sämtlicher Vorgesetzten. Ist der arme ausgemergelte Bergmann denn tatsächlich so volksfeindlich, daß er sabotierend zur Faulheit greift und seinen Arbeitsbrüdern in den Fabriken in den Rücken fällt? Wenn durch Minderleistung des Bergmanns der Fabrikarbeiter zur Arbeitslosigkeit getrieben wird, so ist das m. E. ein Verbrechen am Volke. Nicht an uns liegt es, daß weniger gefördert wird, sondern die Verhältnisse sind es, die ein wichtiges Wortlein mitleiden. Das Gezähe, welches zur Arbeit verwandt wird, ist minderwertig. Hacken, Säge, Beil und Bohrhämmer sind aus minderwertigem Material hergestellt, so daß man bald daran verzweifelt. Vor einigen Tagen hatte ich auch so wenig Druckluft für meinen Bohrhämmer, daß ich die ganze Schicht verwenden mußte, um ein Bohrloch im Nebengestein von 1,70 Meter herzustellen, während ich bei starker Druckluft die Arbeit in 1,5 Stunden erledigt hätte. Wo man hinschaut, sind die Bergarbeiter mit den zurückgebliebenen Vorrichtungsarbeiten beschäftigt. Sind mehrere Kameraden an einer Bremsbergförderung beteiligt, so mangelt es wieder an kräftigen Hilfsarbeitern (Schleppern), welche die krummschiffigen, schlecht geschmierten Wagen in Bewegung bringen. In den Großstädten hungern Tausende von kräftigen jungen Leuten herum, die Arbeitslosenunterstützung beziehen, während hier im Bergbau unsere schwachen 16-jährigen Jungen vor schwerer Arbeit zugrunde gehen.“

Hier kommt die Stimmung der Belegschaft deutlich zum Ausdruck. Schlechtes Arbeitsmaterial, verrottete maschinelle Hilfsmittel, ungenügende Förderwagen usw., das ist die Klage aus den meisten Schächten. Der Wille, der Kohlennot abzuhelfen, ist in der Masse der Bergarbeiter

vorhanden; er kommt in Belegschaftsversammlungen und vornehmlich in den Konferenzen der Betriebsräte in erfreulich markanter Weise zum Ausdruck. Aber dazu bitterste Klage über mangelhafte Versorgung mit Arbeitsmitteln, fehlerhafte Betriebsorganisation, Gleichgültigkeit von Betriebsleitern gegenüber dem Drängen der Arbeiter, für besseres Gezähe, mehr Förderwagen, Preßluft usw. zu sorgen!

Will man schon Anklage erheben, so untersuche man auch, wieviele Oberbeamten als Betriebsdirigenten so intensiv für die Erhöhung der Förderung wirken, wie das angesichts der großen Not erforderlich ist. Wer erlebt, wie alle Mittel angewandt werden, um die Betriebsräte von der Mitwirkung bei der Regelung von Betriebsverhältnissen möglichst ganz auszuschalten, statt sich die praktischen Erfahrungen dieser Arbeitervertreter zunutze zu machen, durch sie im anregenden Sinne auf die Belegschaften einzuwirken, der muß schließlich zu der Überzeugung kommen, daß diese Betriebsleiter wenigstens den tragischen Ernst der Situation noch nicht begriffen haben, ihres sogenannten „Prestiges“ willen die Arbeiter verbittern. Die Arbeiter wissen, wie intensiv die betreffenden Betriebsleiter während des ganzen Krieges für die möglichst hohe Förderung gewirkt haben, und erfahren nun von derselben Seite eine solche Gleichgültigkeit gegenüber ihren Beschwerden, daß den Arbeitern der Anlaß zu dem Gedanken, es würden aus politischen Gründen die Fördermöglichkeiten nicht ausgenutzt, begreiflicherweise nahe liegt. Es kommt gar nicht darauf an, ob dieser Gedanke in den betreffenden Fällen berechtigt ist, die gekennzeichnete Stimmung der Bergleute ist vorhanden. Sie greift um sich, wozu das Bestreben nicht weniger Betriebsleitungen, die vollständige Einfügung der Belegschaften in die vier Bergarbeiterverbände, mit denen der Zechenbesitzerverband im Vertragsverhältnis steht, nach Kräften zu verhindern, stark beiträgt. Statt den Zusammenschluß aller Belegschaftsmittelglieder in die Gewerkschaften, die Träger des Tarif- und Schiedsgerichtsgebodens sind, eher zu fördern, damit die Arbeiter volkswirtschaftlich geschult werden können, geschieht seitens vieler Betriebsleiter das gerade Gegenteil. Der alte Herrenstandpunkt wird immer wieder hervorgekehrt, höhnen wird Arbeitervertretern die baldige Wiederkehr der früheren Rechtlosigkeit prophezeit. Was Wunder, daß die Arbeiter ihr Mißtrauen nicht los werden und aus der geistigen Anstalt nicht herauskommen. Daß es auch anders geht, beweisen die Betriebsleiter, die sich der Mitwirkung ihrer Betriebsräte versichert haben und nicht schlecht dabei fahren.

Unter hunderttausend Menschen gibt es natürlich nicht wenige minder gute. Aber sie müssen zur Anerkennung der Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes erzogen werden. Mit Beschimpfungen und Fälschungen des Tatbestandes ist die Bergarbeiterschaft so wenig wie eine andere Volksgruppe zur freudigen Mitarbeit an dem neuen Aufbau unseres schwer erkrankten Wirtschaftslebens zu bewegen. Sie hat das Recht, in gerechter Weise gewürdigt zu werden. Wer den Bergarbeiter um seine kürzere Schicht beneidet, der kann sich ja der Bergarbeit widmen. Wir brauchen noch sehr viel Arbeitskräfte im Bergbau. Seine Lage ist nicht hoffnungslos, wie es die Interessenten an der Aufrechterhaltung des früheren Knecht- und Herrensystems aus durchsichtigen Gründen der Öffentlichkeit weiß machen möchten.

Zu dem, was Hue hier sagt, muß doch daran erinnert werden, daß auch die sozialdemokratische Presse in den letzten Monaten oft schwer geseufzt hat über die Arbeitsunlust der Kohlenbergleute, und wie die Regierung in allen Tönen bitten und flehen mußte, doch endlich Vernunft anzunehmen und zu arbeiten. Daß es nach den Angaben Hues nun besser geworden ist, müssen wir als eine erfreuliche Tatsache verzeichnen. Erinnert muß auch daran werden, daß der Mangel an guten Werkzeugen doch zum Teil auch mit zurückzuführen ist auf die gewissenlose Verschwendung von wertvollem Heeresgut und andere, durch die unglücklichen Waffenstillstands- und Friedensbedingungen herbeigeführten Verhältnisse.

Die Presse irgendwelcher Richtung sollte sich aber davor hüten, in einseitiger, ungerechtfertigter Weise den Berg-

arbeitern, deren Los wahrhaftig kein beneidenswertes ist, den Vorwurf besonderer Arbeitsunlust zu machen. Auch hier gilt es, Mut zu machen und das Vertrauen zu heben.

Die Teilung Schlesiens.

Die preußische Landesversammlung nahm am Sonnabend endgültig den Zentrumsantrag an, der mit Zustimmung der Regierung in Gesetzesform die provisorische Teilung Schlesiens auspricht.

Das Gesetz bestimmt: Aus der Provinz Schlesien werden die beiden Provinzen Oberschlesien und Niederschlesien gebildet. Die Kreise des Regierungsbezirks Oppeln kommen zu Oberschlesien. Unmittelbar nach Erledigung der in dem Friedensvertrage vorgesehenen Volksabstimmung hat die Staatsregierung eine Gesetzesvorlage über die endgültige Abgrenzung der beiden Provinzen zu machen.

Die Teilung der Provinz Schlesien tritt mit dem 1. April 1920 in Vollzug. Die neuen Provinzialverbände sollen sich auf dem Wege der Verhandlungen über die Auseinandersetzung verständigen. Bis zu einem solchen Abkommen führt die bisherige Provinzialverwaltung die Verwaltung der beiden neu geschaffenen Provinzen als ihr Trennhänder mit der Maßgabe, daß bei der Provinzialverwaltung ein Beirat aus je drei Vertretern von Ober- und Niederschlesien zu bilden ist, dem Einsicht in die laufende Verwaltung zu geben und der bei allen wichtigeren Verwaltungsmassnahmen zu hören ist.

Kommt binnen sechs Monaten nach der endgültigen Abgrenzung der beiden Provinzen das Übereinkommen nicht zustande, so erfolgt die Regelung durch Gesetz.

Regierungszusagen.

Auf die lebhaften Beschwerden aus Oberschlesien hin über Ausschreitungen der Reichswehr versprach der preußische Ministerpräsident die strengste Abmahnung der zu seiner Kenntnis gebrachten Ausschreitungen. Weiterhin sagte er zu, es werde erneut darauf hingewiesen werden, daß Verhaftungen durch die Reichswehr auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden, daß ferner die Erledigung der Untersuchung gegen die festgenommenen Personen beschleunigt und daß die letzteren, soweit nur irgend angängig, aus der Haft entlassen würden.

Die Frage der Amnestie der am Kampfe gegen die Deutschen beteiligten gewesenen Personen wird im Rahmen der Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen erledigt werden. Diese Verhandlungen wurden am Freitag wieder aufgenommen. Die Reichsregierung hat erneut Weisungen erlassen, daß Maßnahmen, die mit einer lokalen Durchführung der Proklamation über die ungehinderte Rückkehr der nach Polen Geflüchteten nicht im Einklang stehen, wie z. B. gänzlich unbegründete Verhaftungen der Flüchtlinge unbedingt unterlassen werden.

Die Verhandlungen mit den Polen.

Eine Regierungserklärung sagt über die schwebenden Verhandlungen. Es besteht die Absicht, in möglichst kurzer Zeit ein Übereinkommen in den Hauptpunkten herbeizuführen, und die Einzelheiten späteren Verhandlungen vorzubehalten.

Die oberschlesische katholische Geistlichkeit hat an den Regierungspräsidenten Witka eine Entschuldigungsgebet, er möge eine weitestgehende Amnestie zum Besten der infolge des Aufstandes Geflüchteten und Verhafteten in die Wege leiten.

Die polnischen Delegierten sagten am Freitag bei den Verhandlungen in Berlin zu, daß die Heimkehr der aus Oberschlesien vertriebenen Deutschen sofort durch Vermittelung der fremden Militärmissionen ins Werk gesetzt werden soll, und versicherten, daß sämtliche noch in Polen zurückgebliebenen Deutschen sich körperlich in einem guten Zustande befinden, so daß irgendwelche Besorgnisse über ihr Schicksal unbegründet seien.

Eine deutsche Note.

In letzter Zeit ist das für den Abschluß bei Thorn an der Weichsel geschlossene Waffenstillstandsabkommen polnischseits durch wiederholte Patrouillenvorstöße gegen die Stellung der vierten deutschen Infanterie-Division und Dauerbeschießung des Ortes Al-Dypt verletzt worden.

legte sie leise, „du und deine Liebe. Hilf, daß ich mir daran genügen lasse.“

Im Pfarrhaus drüben brannte auch noch ein Licht; es war im Zimmer des Hilfspredigers. Er kannte sich nicht mehr aus. Daß er sich neulich ganz und gar ungebührlich benommen hatte, war ihm klar geworden. Nun hatte er gedacht, es besser zu machen, aber es war ihm wieder nicht gelungen. Er hatte wohl bemerkt, wie Fräulein Ribbers immer befangener geworden war und zuletzt wie auf heißen Kohlen gesehnen hatte. Sollte er das nur geahnt! Sollte er sich von Anfang an mehr zurückgehalten! Aber sie war ihm so schwermütlich entgegengekommen, und er hatte sie lieb gewonnen — in seiner Weise, wie — nun ja — wie man eine Schwester liebt. Sie hatten alle zusammen eine Familie gebildet und vertraulich wie Familienglieder mit einander verkehrt. Und nun diese plötzliche Änderung seines Benehmens! Das mußte sie ja kränken! So konnte es nicht fortgehen. Es mußte etwas geschehen, was, das wußte er jetzt noch nicht.

Er trat an seinen Schreibtisch und nahm den Brief zur Hand, den er vorhin aus seinem Briefkasten genommen und achtlos hingeworfen hatte. Erst jetzt sah er, daß es ein amtliches Schreiben war. Er öffnete. Es enthielt die Aufforderung seines Konfistoriums, in W. eine Pfarrstelle zu übernehmen. Er atmete tief. So war das Wirrnis gelöst. Die peinliche Lage, in der sie alle am Nachmittage gewesen waren, brachte sich nicht zu wiederholen. Er ging, und Fräulein Ribbers konnte ungestört im Pfarrhaus ein- und ausgehen. Hoffentlich vergah sie ihn recht bald! Aber erst wollte er Klarheit schaffen zwischen ihr und ihm. Sie sollte wissen, warum er sein Benehmen gegen sie geändert hatte; er war es ihr und sich selbst schuldig.

(Fortsetzung folgt.)

Sie suchet nicht das Ihre.

(Erzählung von Lilli Gottfried.)

Dora sah ihm bestrebt nach. Was hatte er nur? Sie hätte ihn gern gefragt, aber sie wußte nicht, ob sie das durfte. Sie war froh, daß niemand bei dieser Begegnung zugegen gewesen war. Heute litt sie nicht lange im Pfarrhaus, nach kurzer Zeit lief sie hinüber in ihr Stübchen. Immer unruhiger wurde sie. Wenn sie nur irgend einen Grund für Bardens verändertes Benehmen hätte finden können! Ob er wohl krank war? Oder ob er irgend einen Kummer hatte? So gern hätte sie ihm tragen helfen. Aber sie konnte nichts tun, als sich und ihn, seinen Kummer und ihre Liebe, all ihre Sorgen und Wünsche in Gottes Hand legen...

Es war Sonntag. Pastor Gurlitts hatten Dora eingeladen, mit ihnen zu Mittag zu essen und den Nachmittag bei ihnen zu bleiben. Sie war nicht wieder drüben gewesen seit jener seltsamen Begegnung mit Bardens und sah diesem Zusammensein mit Spannung entgegen. Gott sei Dank! Bardens war wieder anders. Freundlich lächelnd reichte er ihr die Hand. Dora wollte schon aufatmen. Aber was war das nun wieder? So behandelt ein Herr wohl eine Dame, der er eben vorgestellt worden ist, aber nicht eine alte, gute Bekannte. Außerst zuvorkommend, verbindlich und liebenswürdig war er, — sie hatte gar nicht gewußt, daß er auch so sein konnte — zur Abwechslung auch mal väterlich wohlwollend oder gar feilscherlich, — von dem alten, vertraut-freundlichen Ton nicht die Spur!

Dora wußte nicht, was das alles bedeuten sollte. Sie wurde verlegen und befangen. Obwohl sie sich alle irdischen Mühe gab, eine Erklärung zu finden, fand sie doch keine. Ob sie die Pastorin fragte? Aber nein, — sie konnte sich verraten. Verraten — hatte sie sich am Ende schon verraten? Wußte Bardens, wie es um sie stand und

wollte ihr zeigen, daß sie nichts zu hoffen hatte? O gewiß, das war's! Daß sie darauf nicht früher gekommen war! Die alten Gurlitts waren auch so anders als sonst. Sie lächelte noch den eigenen liebevollen Blick, mit dem die Pastorin sie angesehen, während sie ihr so ärtlich über das wellige Haar strich. Sicher hatte sie die Hand mit ihm gespielt. Dora wurde es immer schwülere bei diesem Gedanken, und sie schaute sich fort von diesen Menschen, die ihre Heimat gewesen waren.

Endlich war sie allein in ihrem Stübchen, allein mit dem müden, wunden Herzen und den quälenden Gedanken. Kräftlos sank sie vor ihrem Bett in die Knie; jetzt preßte sie die Hände gegen die wildhämmernden Schläfen. Sie hatte es ja gewußt, daß es einmal ein Ende haben würde, dieses stille, bescheidene Glück; aber daß es so schnell und dieser Weise geschehen würde, das hatte sie nicht gedacht. Jetzt wurde ihr alles auf einmal genommen, denn ins Pfarrhaus konnte sie nicht mehr gehen, solange er da war. So weit reichte ihre Kraft nicht. Wenn alles geblieben wäre, wie es war... Aber so! Ihre Augen füllten sich mit Tränen, und die Hände falteten sich. So lag sie lange da. Aber sie betete nicht. Sie war zu müde zum Beten. Ihr war, als müßte sie sich fest, fest an Gottes Herz schmiegen und von ihm sich trösten lassen; aber sie hatte keine Kraft, ihm ihr Begehren auszusprechen. Und doch: wie sie so vor ihm am Boden lag in wortlosem Schmerz, da war sie selbst ein Gebet, ein einziger jammernder, hilfeheißender Schrei aus der Tiefe. Und der Vater neigte sein Ohr zu der stummen, bangen Klage seines Kindes, und leise, leise und lindete träufelte er Balsam in die wunde Seele und senkte Kraft und Stärke in das schwache, müde Herz.

Als Dora sich von ihren Knien erhob, fühlte sie sich frei und leicht. Sie öffnete das Fenster und sah zum dunklen Nachthimmel auf, an dem hier und da ein Sternlein blinkte „als Zeichen von Seinem Lieben“. „Du bleibst mir, Vater“,

Wie
polnische
wenn auf
nicht, weil
völlig zu
Miede
Stellen e
Ueberm
regt und
Bündigung
legungen
schlechte M
hat sich
und affe
Darlegun
den, auf
wirken, d
zur Belle
99000
Die S
überwund
Aufge vor
in den v
Streckkom
dürften i
Betroffene
Schlichtun
scheint es
unheilbrin
gehren, a
taten kom
Es g
daran der
wolt ein
und Affor
den Arbeit
denkt.
Die r
daß sie k
sehr gepö
ihr selbst
igart.
Die A
arbeiterver
folgendes
Die F
Streik be
liegen. A
hat eine
Die Zahl
von 13 00
Ausgesper
den sich
antindus
Die
besten-Ver
Kampf ein
den Berni
leitung d
sehr zu h
großen De
den Gemei
lagen am
schlag teil
sind in d
Kampffest
fort gesch
In S
Gosankst
ten, und
verhindern
rechni d
hen, die
führen, d
ihren Die
an. Die
legen an
portarbeit
brauch war
rissen.
In A
mannschu
nicht in
er unter
auf die
die arbeit
die Schiff
fänger d
der Schiff
aufhänge
und die
wohnerwe
fen gepe
In C
der Seeler
dampfern
Weitere n
In U
der nächs
öffnt we
In H
abend ein
die dem
Anforder
gefühlt g
Schiffe zu
rungen h
gefangene
A d r e i
genen d
bert wir
In S
ab. Die
dem Eing
führung
brachen.
der aufse

beneidenswertes ist zu machen. Auch Vertrauen zu haben.

Lebens.

Entscheidung nahm am Montag an, der mit Gesandten die pro- s ausspricht.

werden die beiden schließlichen Gebilde. Doppelte kommen zu Bildung der in dem Absatzbestimmung hat Lage über die end- wungen zu machen. ten tritt mit dem Provinzialver- handlungen. Bis zu bisherige Provin- beiden neu ge- der mit der Maß- altung ein Bei- von Ober- und Einsicht in die d der bei allen zu hören ist. nach der endgüt- gen das Ueberein- ie Regelung durch

aus Oberschlesien chwerer versproch strengste Abkündung Ausfertigungen. de erneut darauf durch die Reichs- Maß beschrankt der Untersuchung beschleunigt und d angängig, aus

Kampfe gegen die ten wird im Na- ittsland und So- dungen wurden. Die Reichsregie- da Maßnahmen, der Proklama- der nach Polen t, wie z. B. gänz- l. Ausschüttung un-

in Polen. über die schwe- die Absicht, in men in den Haupt- einzelheiten späte-

Effektivität hat an ne Entschließung (innestie zum Be- lichteiten und Be-

am Freitag bei daß die Heimkehr eutschen sofort lichen Missionen ins- verten, daß sämt- in Deutschen sich befinden, so daß alal unbegründet

en Abschnitt bei affenstillschanden- die Patronen- werten deutschen gung des Ortes

daß ich mir daran

nach ein Licht; es r kannte sich nicht gar ungebührig be- Nun hatte er ge- ihm wieder nicht Fräulein Ribbers zuleht wie auf das nur geahnt! lüdegehalten! Aber men, und er hatte - nun ja - wie e zusammen eine milienglieder mit e Änderung seines n! So konnte es t, was, das wußte

hm den Brief zur klasten genommen ah er, daß es ein enhielt die Auf- eine Poststelle zu als Wirtus gelöst. schmittag gewese- ng, und Fräulein s ein- und aus- bald! Aber erst r und ihm. Sie gegen sie geändert ig.

efegung folgt.)

Wie vorraile sowie das ganze Verhalten der polnischen Kommandos sind nicht zu erklären, wenn auf der Gegenseite der gute Wille wirklich besteht, welches, nach Lage der Sache für beide Teile völlig zweckloses Blutvergießen zu vermeiden.

Wiederholt haben die deutschen militärischen Stellen einen Austausch von Offizieren zur Ueberwachung bestimmter Frontteile ange- regert und versucht, auf dem Wege unmittelbarer Ver- handlung die Befestigung der Waffenstillstandsver- legungen zu erreichen, aber stets haben diese Vor- schläge Ablehnung erfahren. Die deutsche Regierung hat sich nunmehr mit einer Note an die alliierten und assoziierten Mächte gewandt, in der diese unter Darlegung der obenstehenden Tatsachen gebeten wur- den, auf die polnischen Kommandosbehörden dahin zu wirken, daß sie auf die deutschen drücklichen Vorschläge zur Befestigung der Feindseligkeiten eingehen.

90000 Berliner Arbeiter im Lohnkampf.

Die Hoffnung, daß die unheilvolle Streikneigung abgerunden sei, war trügerisch. Es war nur die Ruhe vor neuem Sturm. Ueberall greift Streik wieder in den volkswirtschaftlichen Mechanismus ein. Die Streikkommissionen versprechen es meisterhaft, große Zu- schüsse in kurzem lahmzulegen; ob mit Willen aller betroffenen Arbeiter, dürfte mehr als zweifelhaft sein. Schlichtungsausschüsse, Schiedsgerichte und Ähnliches scheint es nicht mehr zu geben. Man will lieber in unheilbringenden Miesenkämpfen die letzte Kraft ver- zehren, als auf schiedlichem Wege zu friedlichen Resul- taten kommen.

Es gibt Kreise, das geht aus allem hervor, die daran denken, der wahnwitzigen Streiksucht mit Ge- walt ein Ende zu machen und zugleich Arbeitspflicht und Alfordarbeit weitgehend einzuführen, wobei man den Arbeitern auf andere Weise entgegenzukommen ge- denkt.

Die radikale Arbeiterschaft möge sich bewußt sein, daß sie die in der augenblicklichen, wieder einmal sehr gespannten Situation liegenden Gefahren durch ihr selbstmörderisches Beginnen außerordentlich ver- schärfen.

Die Fünfzehnerkommission des Deutschen Metall- arbeiterverbandes teilt über die Streiklage in Berlin folgendes mit:

Die Zahl der Betriebe, deren Vorkschaften sich am Streik beteiligen wollen, ist von 100 auf 115 ge- stiegen. Die Zahl der am Streik beteiligten Betriebe hat eine namhafte Zunahme von 40 auf 65 erfahren. Die Zahl der in den Betrieben Streikenden hat sich von 15000 auf circa 24000 erhöht, die Zahl der Ausgesperrten von circa 20000 auf 66000. Es befin- den sich somit zur Stunde 90000 Arbeiter der Me- tallindustrie im Lohnkampf.

Die Stuttgarter Leitung des Deutschen Metallar- beiter-Verbandes hat sich veranlaßt gesehen, in den Kampf einzugreifen und hat ihren zweiten Vorstän- den Bernice nach Berlin entsandt, um mit der Streik- leitung die weiteren Maßnahmen zu besprechen. Es steht zu hoffen, daß die Streikenden am Montag zum großen Teil die Arbeit wieder aufnehmen. Die gro- ßen Siemens-Werke, die 35000 Mann beschäftigen, lagen am Sonnabend vollständig still. In einem Un- schlag teilte die Direktion folgendes mit: „Die Heizer sind in den Ausstand getreten. Elektrische Kraft und Dampfessel sind lahmgelegt. Der Betrieb wird so- fort geschlossen.“

Die Streiks in den Seestädten.

In Stettin dauert der Streik der Arbeiter der Gasanstalt an. Zur Durchführung der Notstandsarbei- ten, und vor allem, um das Erkalten der Oefen zu verhindern, hat sich der Magistrat veranlaßt gesehen, technische Truppen aus Berlin heranzuzie- hen, die unter polizeilichem Schutz die Arbeiten aus- führen. Die herangezogenen Truppen traten sofort ihren Dienst an. Der Terror im Hafen dauert an. Die Seeleute werden von ihren radikalen Kol- legen an der Arbeit gehindert. Plakate des Trans- portarbeiterverbandes, die die Seeleute vor Tarif- bruch warnen, waren in kürzester Zeit herunterge- rissen.

In Lübeck setzte sich der kommunistische See- mannsbund über den Beschluß der Lübecker Seeleute, nicht in den Streik einzutreten, dadurch hinweg, daß er unter rücksichtsloser Gewaltanwendung auf die im Hafen liegenden Schiffe eindrang und die arbeitswilligen Seeleute, etwa 500 Mann, zwang, die Schiffe zu verlassen. Auch versuchten die An- hänger des Seemannsbundes, die Bewegungsfreiheit der Schiffe im Hafen durch Schanzen von Tauben ein- zuschränken. Um diesem Treiben ein Ende zu setzen und die Arbeitswilligen zu schützen, wurde die Ein- wohnerwehr alarmiert und die Zugänge zum Ha- fen gesperrt.

In Cuxhaven haben von den wegen des Streiks der Seeleute seit einigen Tagen aufliegenden Fisch- dampfern drei ihre Gangreise wieder aufgenommen. Weitere werden folgen.

In Altona besteht Hoffnung, daß mit Beginn der nächsten Woche die Fischdampferfahrten wieder er- öffnet werden.

In Hamburger Zeitungen erschien am Sonn- abend ein Aufruf der seemannischen Berufsverbände, die dem Streik nicht zustimmen, der die dringende Aufforderung an die Seeleute richtet, aus Pflicht-gefühl gegenüber der Allgemeinheit wieder auf die Schiffe zu gehen. Es wird besonders auf die Stö- rungen hingewiesen, die in der Heimkehr der Kriegs- gefangenen eintreten. Es wird mitgeteilt, daß die Rückreise von gegen 50000 Kriegsgefan- genen durch den Seeleutestreik empfindlich verzö- gert wird.

In Stettin flaut der Streik der Hafenarbeiter ab. Die Gasarbeiter haben ihren Streik nach dem Eingreifen Berliner Hilfskräfte, die für die Fort- führung des Betriebes sorgen sollten, sofort abge- brochen. Am Freitagabend haben sie die Arbeit wie- der aufgenommen.

Französische Angstmeier.

Sie fordern einen Zusatz zum Friedensvertrag.

Das angesehenste Pariser Blatt „Temps“ ist in das Lager der französischen Chauvinisten übergegan- gen, die von Sorge erfüllt sind wegen der von ihnen erwarteten deutschen Rache. Sie glauben immer noch nicht an die Ohnmacht Deutschlands und verlangen, daß Deutschland bis auf den letzten Soldaten ent- waffnet werde. Der „Temps“ schreibt in diesem Sinne, militärisch müsse Deutschland wirklich entwaffnet wer- den, und man dürfe ihm keine Kanone lassen, die es gegen die Polen richten könnte, in finanzieller Hinsicht müsse die Böschung die Zahlung der Summen, die Deutschland seinen Opfern schulde, sicherstellen. Dann wendet der „Temps“ sich an Frankreichs Alliierte und sagt ihnen: Berücksichtigt die Erfahrungen der letz- ten drei Monate. Legt die Bürgschaften fest und vervollständigt sie im Interesse Aller, und zwar schnell!

Im französischen Parlament, das immer noch über den Friedensvertrag verhandelt, hat der De- putierte Andre Lefevre folgenden Antrag eingebracht: Die Kammer ersucht die Regierung, Verhandlungen mit den Signatarmächten des Vertrages von Ver- sailles einzuleiten, um einen Zusatz zum Frie- densvertrag anzunehmen, der die Entwaf- fung Deutschlands effektiv mache durch das Ver- bot gewisser Kriegsindustrien und durch jede notwen- dig erscheinende Maßnahme.

Wie die Zeitung „Bonsoir“ behauptet, wird Cle- menceau diese Tagesordnung bekämpfen, Andre Le- fevre sich aber auch mit einem Kompromiß zufrieden geben.

Es ist natürlich ganz ausgeschlossen, daß sich die Alliierten auf eine nochmalige Beratung des von Deutschland schon ratifizierten Friedensvertrages ein- lassen. Eine völlige Entwaffnung Deutschlands wäre natürlich der Sieg des Bolschewismus, der sicher nicht im Ententeinteresse liege.

Englischer Eisenbahnerstreik.

Die Verhandlungen der englischen Eisenbahner mit der Regierung sind als ergebnislos abgebrochen wor- den. Der Generastreik ist damit zum Ausbruch ge- kommen. Er begann am Sonnabend um Mitternacht.

Es ist so gut wie sicher, daß die Angestellten der Londoner Tube- und Untergrundbahnen mit den Ar- beitern auf den großen Hauptlinien zusammengehen.

Ein Beamter des Nationalverbandes der Eisen- bahner teilte dem Reuterschen Bureau mit, daß der Streik sich über das ganze Land erstrecken und für alle Bahnen im ganzen vereinigten Königreiche, sowie die elektrischen Bahnen, Gültigkeit haben wird. Die Vereinigte Gewerkschaft der Lokomotivführer und Heizer hat beschlossen, mit dem Nationalverband der Eisenbahner zusammen zu gehen.

Der Lebensmittellieferant hofft, die hinreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln durch Beförderung auf den Straßen aufrecht zu erhalten.

Der Eisenbahnerstreik hat in England überrascht. Man glaubt, daß die Bewegung einen politischen Cha- rakter trage, zum Zweck der Erzwingung allgemeiner Wahlen. Die Arbeiter sind erbittert, weil der neue Lohnvorschlag der Regierung viele Kategorien in ihrem Lohn herabdrückt und die Regierung erklärt hat, daß der Vorschlag als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden müsse. Sir Eric Geddes, der eben erst die Leitung des Postministeriums übernahm, steht jetzt vor der gewaltigen Aufgabe, den Verkehr, so gut es geht, aufrecht zu erhalten. Von Bedeutung wird es sein, welche Stimmung sich unter den Solda- ten zeigen wird, die zum Ersatz der streikenden Eisen- bahner besohlen werden.

Eine erste Folge des Streiks wird sein, daß der Abtransport der deutschen Gefangenen nach Holland ins Stocken gerät. Die gesamte Lage in der englischen Arbeiterwelt ist recht düster. Die Eisenbahner haben keine gute Presse, wenn auch auf die Regierung manche Tische fallen.

Die Räumung des Baltikums.

Die deutsche Regierung hat sich veranlaßt ge- sehen, um einem Ultimatum oder eventuellen ande- ren Repressalien von Seiten des Verbandes den Boden zu entziehen, sich damit einverstanden zu erklären, daß eine gemischte deutsch-interalliierte Kommission nach dem Baltikum entsandt wird. Diese Kommission soll an Ort und Stelle die Regelung der ganzen Fragen, die mit der Räumung zusammenhängen, selbst in die Hand nehmen. Es erscheint dies auch deshalb notwendig, weil im Baltikum noch eine ganze Reihe von Reichsangehörigen, die nicht zur Truppe gehören, weilt, für die gesorgt werden muß. Damit die Maßnahmen, die diese Kommission treffen wird, in jeder Hinsicht schon jetzt Unterstützung finden, hat sich die Regierung bereits jetzt veranlaßt gesehen, die Drohung auf Sperrung der Böhne zu verwirklichen. Sie hat deshalb angeordnet, daß die Truppen, die dem Abmarschbefehl keine Folge leisten, keine Lös- ung mehr erhalten; ebenso wird angeordnet, daß die Truppen, die die Räumung nicht ausführen wol- len, alle Versorgungsansprüche verlieren.

Der Notenwechsel zwischen Burt und von der Goltz.

Zu dem Notenwechsel zwischen dem englischen Truppenkommandanten Burt im Baltikum und dem Ge- neral von der Goltz wird an zuständiger Stelle mit- geteilt, daß sich die Reichsregierung nicht veranlaßt sieht, in dieser Angelegenheit irgend welche Schritte zu unternehmen, sondern vielmehr abwarten will, bis sich der Verband selbst an die deutsche Regierung wendet. Erst dann liegt für sie ein Anlaß vor, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Die in der deutschen Presse in letzter Zeit wie- derholt aufgetauchte Nachricht, daß General von der

Goltz nun in russischen Diensten vertrieben, entbehrt, wie an zuständiger Stelle mitgeteilt wird, vollkommen jeder Grundlage. General von der Goltz denkt gar nicht daran, in fremde Dienste zu treten.

Deutsches Reich.

— Von zuständiger Stelle wird die Mitteilung, daß Deutschland im Begriff stände, mit den Vereinigten Staaten eine Anleihe aufzunehmen, als nicht den Tatsachen ent- sprechend widerrufen.

— Letztliche Blätter melden zuverlässig, daß Polen Bi- bau als Durchgangshafen benutzen will, bis die Angelegen- heit Danzigs geklärt ist.

— Wie die Londoner „Times“ melden, ist Oberleutnant Vogel, einer der Hauptangeklagten in Diebstahl-Lugem- burg-Prozess, in Montevideo eingetroffen.

— Kultusminister Haenisch hält sich gegenwärtig in Bonnern auf, um dort die verschiedenen Streit- fragen auf dem Schul- und Unterrichtsgebiete zu sichten.

— Der Kasseler Regierungspräsident Graf Bern- stoff und der Polizeipräsident Frhr. v. Dalwigk sind um ihre Entlassung eingekommen und werden jedenfalls vom 1. Oktober an nicht mehr amtieren.

— Die Demokraten und die Reichsregierung. Wenn auch die Vorgesprächen einen befriedigenden Ver- lauf genommen haben, so wäre es doch verfehlt, wollte man den Eintritt der Demokraten in die Regierung als vollendete Tatsache hinstellen. Eine endgültige Rege- lung ist nicht vor Montag zu erwarten. Für den Fall des Eintritts der Demokraten in die Regierung sollen den Demokraten drei Ministerposten zur Verfügung gestellt werden. Das Reichsjustizministerium, das dem Abg. Schiffer übertragen werden soll, ist allerdings im Augenblick unbefestigt. Anders steht es aber mit dem Reichsministerium des Innern, als dessen neuer Leiter der Abg. Oberbürgermeister Koch-Kassel genannt wird. Der jetzige Reichsminister des Innern, Dr. David, weilt im Bade, so daß mit ihm noch nicht verhandelt werden konnte. Dr. David soll dem Kabinett auch ferner an- gehören. Der dritte Posten, der den Demokraten über- lassen werden soll, ist das Verkehrsministerium. Die endgültige Lösung der ganzen Frage hängt davon ab, ob die bisherigen Regierungsparteien und die Demokraten sich über die Grundzüge der weiteren Politik einigen können. Im Vordergrund stehen dabei die Steuer- gesetze.

— Sozialdemokratie und Umsatsteuer. Die Beden- ken der Sozialdemokratie gegen das Umsatsteuerge- setz haben bekanntlich Anlaß zu Unstimmigkeiten im Aus- schuß der Nationalversammlung gegeben. Der Ver- tragungsantrag der Sozialdemokraten wurde zurückge- zogen, gleichwohl bestehen die Einwendungen gegen den Charakter des Gesetzes als einer drückenden Verbrauchs- steuer nach wie vor. Abg. Kräßig erklärte: Der Arbei- terhaushalt wird zu stark belastet, die Gefahren der milden Streiks werden wachsen. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft hat eine furchtbare Wirkung ausgelöst. Bei einer siebenköpfigen Familie sind allein 17 Mark pro Jahr für Brot Umsatsteuer zu bezahlen. Einen Antrag, die notwendigen Lebensmittel von der Steuer zu befreien, werden wir einbringen, die Befreiung muß ausgesprochen werden, sonst können wir nicht dafür stimmen. Gleichzeitig werden wir beantragen, die Steuer auf Luxuswaren auf 25 Prozent zu erhöhen.

— Die Entwaffnung Deutschlands. Der Friedens- ausschuß der französischen Kammer beriet über die Tagesordnung des Abg. Andre Lefevre über die Ent- waffnung Deutschlands. Es wurde beschlossen, eine Motionierung der Regierung zu provozieren. Clemenceau soll vor dem Ausschuß erscheinen. Lefevre erklärte, daß er am Dienstag seine Tagesordnung in der Kam- mer einbringen werde. Die Diskussion über den Frie- densvertrag in der französischen Kammer wird noch eine sechste Woche in Anspruch nehmen. Unverkennbar will man die Entscheidung des amerikanischen Senats abwarten.

— Freier Verkehr ins besetzte Gebiet. Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, haben die Bemühun- gen der Reichsregierung und des Staatskommissars für das besetzte Gebiet in der Frage der Verkehrsregelung den Erfolg gehabt, daß mit dem Eintritt des offiziellen Friedenszustandes der Verkehr zwischen dem besetz- ten und unbefetzten Gebiet vollkommen frei sein wird.

— Weitere Einschränkungen im Eisenbahnverkehr. Ganz besonders scharfe Einschränkungen des Eisenbahn- verkehrs werden für den Eisenbahndirektionsbezirk Al- tona erwogen, da hier die Kohlenverhältnisse zur- zeit außerordentlich schlecht sind. Im allgemeinen plant das Eisenbahnministerium eine Einschrän- kung des Sonntagsverkehrs auf allen Strecken, und zwar soll diese Einschränkung so weit gehen, daß nur noch Arbeiterzüge und Milch- züge verkehren und vielleicht ein Schnellzug auf je- der Strecke. Der Personenverkehr ist ja bereits so eingeschränkt, daß eine weitere Einschränkung nicht mehr möglich erscheint, wenn nicht das ganze Wirt- schaftslieben stillgelegt werden soll. Außerdem ist man im Eisenbahnministerium der Ansicht, daß auch durch einen weiteren Ausfall von Personenzügen erhebliche Mengen an Kohlen nicht gespart werden, da bei einem solchen geplanten Ausfall die laufenden Züge länger und noch mehr belastet würden als bisher und die Verspätung sich noch vergrößern würde. Alles dies würde nicht eine Verminderung des Kohlenverbrauchs zur Folge haben. Ebenso denkt man einzuweisen nicht daran, die Schlaf- und Speisewagen aus den D-Zügen auszuschalten. Wenn allerdings die Kohlen- lieferung, die jetzt täglich 10000 Wagen geringer ist als im Vorjahre, sich noch weiterhin verschlechtert, so werden auch weiter rigorose Einschränkungen nicht zu umgehen sein.

— Die Kontrolle der deutschen Armee. Der Oberste Rat der Entente hat einen Antrag des Generals Hoch genehmigt, daß die militärischen Sachverständigen, die die Stärke der deutschen Armee nach jedem Viertel- jahr feststellen sollen, für das kommende Viertel- jahr aus der Kontrollkommission der Alliierten ent- nommen werden.

— Ludendorffs „Millionenverdienst“. Kürzlich ist mitgeteilt worden, daß die bekannten Kriegserinne- rungen Ludendorffs dem Verfasser einen buchhänd- lischen Erfolg sogleich einbrächten. Man schätzte seinen Gewinn — besonders durch den Vertrieb im

Auslande — auf 20 Millionen Mark. Jetzt wird bekannt, daß Ludendorff den ganzen Ueberschuß für die im Weltkrieg verbliebenen deutschen Soldaten bestimmt hat. In erster Linie beabsichtigt er billige Lebensmittel für die Lazarett- und Genesungsheime bereitzustellen.

Japan schickt die Gefangenen heim. Die japanische Regierung hat den Vorschlag gemacht, die deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat zu entlassen, ohne die Ankunft einer mit dem Abtransport beauftragten deutschen Kommission abzuwarten. Die Bereitwilligkeit der schwedischen Gefandtschaft in Tokio, alles Erforderliche zu veranlassen, läßt eine glatte Abwicklung des Abtransportes erhoffen. Es besteht Hoffnung, daß der Dampfer „Moon“, der die Gefangenen der in Niederländisch-Indien ausgeteilten deutschen Schiffe abholen soll, gleichzeitig die in Almednagar (Vorderindien) befindlichen Deutschen mitbringt, soweit Platz vorhanden ist.

Französische Kulturkummel. Der kürzlich aus der Gemeinde Mundenheim bei Ludwigshafen in der Pfalz gemeldete Vorfall, daß dort französische Soldaten in empörender Weise die Zeremonien eines katholischen Begräbnisses nachsähten und verhöhnten, steht durchaus nicht vereinzelt da; es scheint sich vielmehr um eine von zuchtlosen Elementen des französischen Heeres mit Vorliebe gepflegte Unsitte zu handeln. Vor einigen Monaten berichteten Meyer Katholische Blätter von einem ganz gleichen Unfug, der sich in Volchen, einem kleinen Rantonsstädtchen, abgespielt hat. Als man die Soldaten zur Rede stellte, gaben sie frech zur Antwort, sie seien freie Republikaner und hätten das Recht, zu tun und zu lassen, was ihnen beliebt. Im Geseh sind derartige Ausschreitungen sehr oft festgestellt worden. Proteste nützen nichts.

Rundschau im Auslande.

Litauen gegen Polen.

In Rom fand eine große litauische Demonstration vor dem Sitz der englischen Mission statt. Der Chef der letzteren hielt dabei eine Ansprache, in der er sagte: Ich bedaure, daß ich zu Ihnen nicht auf litauisch reden kann. Es freut mich, Ihnen im Namen der englischen Regierung zu Ihrer Unabhängigkeit Glück zu wünschen. Meine Regierung wird dafür Sorge tragen, daß die Grenzen zwischen Polen und Litauen so ausfallen, daß die Litauer zufrieden gestellt werden. Die Ansprache wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Aus der Menge erscholl der Ruf: Auf nach Wilna! Hier haben sich bekanntlich die Polen festgesetzt und unterdrücken mit Gewaltmaßnahmen die Litauer.

Italien: Wilson unumgänglich.

Wilson hat Italien eine Antwort in der Fiumefrage gegeben lassen, in der er sich kategorisch weigert, den Vorschlag Tittonis, daß Fiume italienisch werden solle und daß der Hafen zu internationalisieren sei, überhaupt in Betracht zu ziehen. — Die letzten aus Rom eingetroffenen Nachrichten besagen, daß infolge der Fiumekrise eine völlige innerpolitische Umwälzung bevorstehe. Der Rücktritt des Kabinetts Tittoni gilt als unvermeidlich. d'Annunzio's Anhang wird von Stunde zu Stunde größer. Eine neue Partei ist in der Bildung begriffen, deren wichtigster Programmpunkt in der radikalen Unterbrechung der Beziehungen d'Annunzio's besteht. — Vom deutschen Standpunkt aus kann man nur wünschen, daß Italien endlich zur Ruhe kommt; denn davon ist auch die erwünschte Wiederherstellung guter politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Deutschland abhängig.

Bereinigter Staaten: Nervenzusammenbruch Wilson's.

Auf ärztliche Anordnung hat Wilson seine sämtlichen Reisen abgeben müssen. Er fährt sofort nach Washington zurück. Sein Sekretär gab eine Erklärung ab, in der es heißt, daß der Präsident durch die ununterbrochene Arbeit der letzten 12 Monate derart erschöpft sei, und daß seine Propagandareise für den Völkerbund seine Kräfte in den letzten Monaten so sehr in Anspruch genommen habe, daß er einen Nervenzusammenbruch erlitten habe, der seine sofortige Rückkehr nach Washington erforderlich mache. — Die schwere Opposition des Senats gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages und des Völkerbundes soll nachgelassen haben, da Wilson erklärt hat, er werde bei einer Veränderung des Vertrages die Ratifizierung bis nach der Präsidentenwahl verschieben.

Kirche, Schule und Mission.

Das Religionslehrerseminar des Christlichen Volksdienstes in Leipzig wird seine Arbeit am 1. Oktober, zunächst mit zwei Klassen, beginnen. Die Anmeldung von Schülern und Schülerinnen aller Stände und aller Gegenden Deutschlands war so rege, daß nicht wenige für dieses Jahr abgewiesen werden mußten. Es ist gelungen, den Unterricht

überall in die Hände von Fachleuten zu legen. Er verteilt sich in der Hauptsache folgendermaßen: Altes Testament: Privatdozent Lic. Baumgärtel, Pfarrer Lic. Krüger; Neues Testament: Geheimrat D. Althaus, Privatdozent Lic. Kittel; Kirchengeschichte: Professor D. Dr. Böhmer, cand. theol. Benling; Glaubens- und Sittenlehre: Lic. Sommerlath; Apologetik: Pastor D. Schröder; Kirchentunde: Pfarrer Lic. Krüger; Katechismusunterricht: Pfarrer D. Laible; Pädagogik, Psychologie und Lehrproben: Professor D. Dr. Frenzel und Oberlehrer Lüttge; Sozialwissenschaft: Privatdozent Dr. v. Bederath; Naturwissenschaft: Assistent am botanischen Institut der Universität Dr. Müller; Musik: Seminaroberlehrer Meinhold.

Es ist vorgeschlagen worden, außer dem festen Seminarbetrieb einen etwa neunmonatlichen Kursus abzuhalten, der eine längere theologische bzw. pädagogische Vertiefung für solche zu geben hätte, die auf Grund einer fachlichen Vorbildung ohne vollen Besuch des Seminars in die Arbeit kirchlicher Religionslehre treten könnten. Es läßt sich zurzeit noch nicht ganz sicher übersehen, ob die vorhandenen Kräfte und Mittel dem christlichen Volksdienst die Verwirklichung dieses Planes ermöglichen; doch ist nicht ausgeschlossen, daß auch er im Laufe des Winters in Angriff genommen werden kann. Solche, für welche die Teilnahme in Frage käme, können sich schon jetzt an die Direktion des Chr. V. wenden (Leipzig, Otto Schillstr. 7); es ist jedenfalls erwünscht, zu wissen, wie stark die Beteiligung an einem solchen Kursus sein würde.

Durch die Reichsregierung der Weimaraner Verfassung ist die Notwendigkeit kirchlicher Religionslehrer erneut und in verstärktem Maße darzulegen; es wird vielerorts dafür gefordert werden, daß von dem „mit Ausnahme der bekenntnisfreien, weltlichen Schule“ des § 149 grüßlich Gebrauch gemacht und dadurch der Fortfall des ordentlichen Religionsunterrichts erreicht wird.

Der im Druck erschienene vorläufige Lehrplan des Seminars kann ebenfalls von der Direktion des Volksdienstes bezogen werden.

Local- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld 30. September 1919.

Milchversorgung im Landkreise Bielefeld. Die Milchration für Kinder im Alter von 4—6 Jahren und für alte Leute über 80 Jahre wird von heute ab versuchsweise wieder auf 1/2 Liter pro Tag erhöht. Die erhaltenen 1/2 Liter Milcharten sind sofort gegen 1/2 Liter grüne Marken bei der Brotbuchausgabestelle umzutauschen.

Die Empfänger von Militär-Versorgungsgebühren können vom Monat Oktober ab sich ihre Bezüge durch die Briefträger auf Wunsch ins Haus bringen lassen. Die Anträge sind schriftlich bei der zuständigen Postanstalt zu stellen. Vordrucke zu diesen Anträgen verabsorgen die Postanstalten unentgeltlich.

Städtischer Lebensmittelverkauf in der Woche vom 29. 9. bis 5. 10. 1919. Für Selbstversorger: Auf Margarinezusatzkarte 50 Gramm Margarine zu 34 Pfg. Für Versorgungsberechtigte: Auf Marke 23: 100 Gramm Margarine zu 67 Pfg. Verkaufstage: Mittwoch, Donnerstag und Freitag, städt. Butterläden. Auf Marke 21: 500 Gramm Zucker für die Zeit vom 29. 9. bis 18. 10. Würfeln 63 Pfg., Mehl 58 Pfg. Auf Marke 1: 125 Gramm Graupen, 44 Pfg. für 1 Pfd. Auf Marke 2: 125 Gramm Nudeln, 66 Pfg. für 1 Pfd. Auf Marke 3: 125 Gramm Marmelade, 1,30 M für 1 Pfd., oder 125 Gramm Kuchentopf, 80 Pfg. für 1 Pfd. Verkaufsbeginn am 1. 10. 1919 auf Kundenliste. Auf Marke 4: 1 Brief Süßstoffs zu 50 Pfg. Verkauf am 1. 10. 1919 in den Bielefelder Apotheken. Auf Marke 5: 75 Gramm Pfanzöl zu 1,27 M. Verkauf: Mittwoch, Donnerstag und Freitag, städt. Butterläden. — Die Marken für Reis können noch in dieser Woche eingelöst werden. — Auf Kartoffelkarte G: 5 Pfund Kartoffeln, 12 1/2 Pfg. für 1 Pfund, in den bekannten Geschäften. Fleisch und Wurst wird noch besonders bekanntgegeben. — Auf Einfuhrzusatzkarte 7: 25 Gramm Auslandsmargarine zu 33 Pfg. Verkauf: Mittwoch, Donnerstag und Freitag in den städtischen Butterläden. Auf Einfuhrzusatzkarte 12: 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl zu 42 Pfg. Verkauf: Sonnabend, 4. 10. bis Dienstag, 7. 10. auf Kundenliste für Kolonialwaren. Auf Magermilchkarte 12: Bis

1/4 Liter Magermilch zu 38 Pfg., in den bekanntgegebenen Zeiten in den städtischen Butterläden.

Volkschule des Stadt- und Landkreises Bielefeld. Die Vorlesungen beginnen am Mittwoch, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, mit dem 1. Einzeltvortrag des Herrn Dr. Bozi über das Thema: „Die sozialen Aufgaben der Volkschule“. Die Einzeltvorträge finden in der Aula der Oberrealschule statt. Die Vorträge werden jede Woche besonders angekündigt. Ebenfalls wird an jedem Mittwoch eine kleine Notiz im lokalen Teil über den Vortrag, der am Abend gehalten wird, gebracht werden. Es wird gebeten, diese Veröffentlichungen genau zu beachten. — Einzeltkarten für 1 M für die Vorträge des Mittwochs abends sind in der Geschäftsstelle und auch abends am Eingang zu haben.

Letzte Nachrichten.

10 Schiffe für die Kriegsgefangenen.

Die permanente alliierte Kommission für Schiffahrtsangelegenheiten hat genehmigt, daß folgende zehn Schiffe nach England zur Heimbeförderung deutscher Kriegsgefangener fahren: „Victoria Luise“, „Crotava“, „Melilla“, „Billareal“, „Lisboa“, „Magda Boermann“, „Lothar Böhlen“, „Herbert Horn“, „Bagdad“ und „Killi Boermann“. — Die Dampfer können freilich erst fahren, wenn der Seelenste-Streif beigelegt ist.

d'Annunzio's weitere Erfolge.

Die „Times“ melden aus Rom, daß das Gesamtministerium angesichts der allgemeinen Volksstimmung für Fiume bei den Alliierten die Abänderung des Beschlusses beantragen wird, der die Räumung Fiumes durch d'Annunzio gebietet hat.

Die „Daily Mail“ meldet aus Rom: Der Magistrat der Hauptstadt Rom hat eine Sympathieerklärung an d'Annunzio beschloffen. Die Garnisonen Verona und Padua haben an den Armee-Oberkommandanten eine Kundgebung gelang lassen, in der gegen die Maßnahmen in Fiume Anspruch erhoben wird.

Ausbruch des englischen Eisenbahnstreiks.

Nach einer Neutermeldung aus London hat Thomas beim Verlassen des Hauses des Premierministers erklärt, daß der Eisenbahnstreik am Freitag Mittag beginnen wird. Eine amtliche Erklärung, die in Downingstreet herausgegeben wird, sagt, daß auf der Konferenz eine Einigung nicht erzielt worden ist und daß der Streik Sonnabend abend beginnt.

Wiedereinführung „schwarzer Listen“ durch England.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, beabsichtigt England die schwarzen Listen wieder einzuführen. In der englischen Presse ist in letzter Zeit große Erregung darüber entstanden, daß angeblich deutsche Waren über neutrale Länder, und zwar als neutrale Waren in das Ausland gelangen. England soll nun beabsichtigen, die Ausfuhrverlaubnis von Waren aus neutralen Ländern von der Herbeibringung eines Urprungszeugnisses abhängig zu machen und alle Firmen, die hierbei auf Unregelmäßigkeiten getroffen werden, auf die schwarze Liste zu setzen.

Die sittlichen Prinzipien des Stahlstruhs.

Holländisch Neuworbureau meldet aus Neuport: Der Führer des Streiks in der Stahlindustrie, Patric, hat angeboten, zur Lösung der vorstehenden Differenzen ein Schiedsgericht einzusetzen und verlangt, daß Wilson als Schiedsrichter auftreten soll. Der Präsident des Stahlstruhs, Garh, hat jedoch die Einsetzung eines Schiedsgerichts mit dem Hinweis abgelehnt, daß es sich bei dem Streik nicht um materielle, sondern um sittliche Prinzipien handele und daß hierüber kein Schiedsgericht entscheiden könne; ebensowenig sei ein Kompromiß möglich.

Denitins Sieg über bolschewistische Truppen.

Holländisch Neuworbureau meldet aus London: Denitins Truppen haben im Zentrum und nördlich von Kurland in den jüngsten Wochen zwei rote Armeen geschlagen. Ueber 10 000 Kriegsgefangene fielen in ihre Hand. Der Druck der Bolschewisten aus der Gegend von Riew verringert sich allmählich.

Für den Inhalt verantwortlich: B. Kraa, Bielefeld. — Druck und Verlag: Druckerei Mehlert, Bielefeld, Fernruf 74, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schilkestr. 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Bielefelder Zeitung, Bielefeld, Volksheftkonto 7823 Hannover.

Aufruf

an die

evang. Glaubensbrüder im deutschen Vaterland!

Eine Diasporagemeinde der Provinz Posen erbittet eure Hilfe! 1914 ist in Rosenau bei Tremessen unser Kirchlein abgebrochen worden. Seit 1832 hatte der Holzbau, nunmehr ganz baufällig und zu klein, der Gemeinde gedient. Eine neue von der Ansiedlungskommission zu bauende Kirche sollte nach unserer Berechnung bald der Sammelpunkt einer treuen kirchlichen Gemeinde, der Stolz aller Evangelischen und der Mittelpunkt unseres Dorfes sein. Der Krieg aber legte die Bautätigkeit lahm, gerade als der Dachstuhl aufgesetzt und die Kirche eingedeckt werden sollte. Alle unsere Vorstellungen haben keinen Weiterbau mehr durchsetzen können. Den ganzen Krieg über mußten wir die Kirche entbehren. Nunmehr ist uns unter den veränderten politischen Zuständen die Gewißheit geworden, daß unsere Kirche nie vollendet wird, wenn wir uns nicht selbst helfen. Darum hat die Gemeinde, so schwer es auch unter den heutigen Verhältnissen ist, sich entschlossen, den Bau selbst zu übernehmen. Etwa 70 000 M soll die Vollendung des Kirchleins in der bescheidensten Form kosten. 30 000 bis 35 000 M will die Gemeinde durch freiwillige Gaben aufbringen. 950 Seelen nur zählt sie, aber aller Opferfreudigkeit ist groß. Etwa 20 000 M wollen wir

durch eine langfristige Anleihe decken. Doch alles können wir nicht aufbringen.

Evangelische Christen! Gedenkt eurer Glaubensbrüder in der Diaspora! Wir sehnen uns nach einem evangelischen Gotteshaus!

Helft uns um des Herrn willen zur Vollendung unserer Kirche!

Es soll sofort mit dem Bau begonnen werden, damit er noch vor dem Winter unter Dach kommt. Darum: Doppelt gibt, wer schnell gibt!

Gaben helfender Liebe werden erbeten auf Postcheckkonto Danzig Nr. 1649 Ev. Pfarramt, Pfarrer Schwerdtfeger in Rosenau bei Tremessen.

Rosenau b. Tremessen (Posen), im September 1919.

Der Gemeindevorstand:

Schwerdtfeger, Pfarrer.

Brennholz

hauptsächlich Gerstholz, 1—2,5 m oder 18—22 cm lang, zur Verwendung an Häfen. Begehren gegen Kasse gesucht. Auf-führer gesucht. Holzhandlg. Wilmking, Gütersloh i. Westf. Tel. 106.

Ord. fleiß. Mädchen,

welches in allen Hausarbeiten und etwas Kochen erfahren ist, sofort gesucht. Frau Wilh. Wortmann, Hörde i. W., Bielefeldstr. 4.

Volkschule

des Stadt- und Landkreises Bielefeld.

Mittwoch, den 1. Oktober:

1. Einzeltvortrag in der Aula der Oberrealschule Die sozialen Aufgaben der Volkschule.

Dr. Bozi, Bielefeld.

Dauerkarten haben Gültigkeit. Einzeltkarten zu M. 1.— in der Geschäftsstelle und am Eingang.
